

Call for Papers der Kritischen Justiz und des Juridikum
(zeitschrift für kritik | recht | gesellschaft)

„Postneoliberale Rechtsordnung?“ – Heft 4/2010

Obwohl seit dem Ausbruch der Weltwirtschaftskrise die Dogmen des Neoliberalismus zusammen zu stürzen *scheinen*, erleben wir eine Intensivierung der alten Regulationsmodi. Ähnliches geschah in der beginnenden Krise des Fordismus ab 1968: Der Keynesianismus kam erst im Moment seiner Krise zur vollen Entfaltung. Der wesentliche Grund hierfür liegt darin, dass die Hegemonie bestimmter Vorstellungen keine ‚bloße Ideologie‘ ist, sondern sich in den gesellschaftlichen Praxen und Institutionen materialisiert. Diese verändern sich nicht einfach von heute auf morgen, sondern müssen in langwierigen kollektiven Lernprozessen überschrieben werden. Rechtsnormen und eingefahrene doktrinaire Pfade dokumentieren diese Tatsache besonders augenfällig, wie dies zuletzt an den vier Urteilen des EuGH zu transnationalen Arbeitskonflikten und der Entsenderichtlinie (Laval, Viking, Rüffert und Luxemburg) deutlich wurde. Während diese neue Qualität marktradikaler Rechtsprechung energische Kritik ausgelöst hat, hat sich der neoliberale Diskurs in einem inkrementellen Prozess derart in das Rechtssystem einschreiben und vermitteln über seine Operationen normalisieren können, dass er mittlerweile weitgehend als „wertfreie“, von den Kräfteverhältnissen unabhängige Rechtsdogmatik wahrgenommen wird.

Die Frage, ob die Krise einen Strukturbruch darstellt und bereits „postneoliberale“ Suchprozesse begonnen haben, verweist daher auf eine Vorfrage: Was ist neoliberale Rechtstheorie und auf welche Art und Weise konnte sich diese in der Rechtsdogmatik materialisieren? Diese Fragestellung schärft den Blick für die Akteur_innen dieses Umbruchs: Erst die langwierige Arbeit juridischer und ökonomischer Intellektueller schuf die Voraussetzungen für die Formulierung eines hegemonialen Projektes. Daher schafft erst eine Analyse neoliberaler Programmatik und Arbeitsweise sowie ihrer rechtsdogmatischen Entfaltung die Grundlagen für die Beantwortung der Frage, ob sich in der herrschenden Bearbeitung der Krise erste

Konturen einer postneoliberalen Rechtsordnung erkennen lassen.

Doch sofern sich diese abzeichnen: Welchen Charakter weisen sie auf? Handelt sich ausschließlich um Entwürfe für einen reformulierten Konsens zur Rettung von Kernelementen neoliberaler Vergesellschaftung, oder lassen sich auch gegenhegemoniale Prozesse erkennen? Welche Anforderungen stellen sich an eine solche emanzipative Rechtsordnung und welche Praxen könnten sie ermöglichen?

Vor diesem Hintergrund stellen wir uns Artikel zu folgenden acht Themenbereichen vor:

1. *Neoliberale Rechtstheorie und ihr Kampf um Hegemonie*: Wie haben die Theorierichtungen des Ordoliberalismus und der Law & Economics Schule die neoliberale Hegemonie in der Rechtstheorie ausgearbeitet?
2. *Durchsetzung neoliberaler Rechtstheorie im Europarecht*: Wie setzten sich neoliberale Prämissen in der Dogmatik des Europarechts um? Wir stellen uns einen theoriegeleiteten Text vor, der Bezüge zu Fallbeispielen aus der Rechtspraxis aufnimmt. Ein Bezug zu den Fällen Viking/Laval/Rüffert/Luxemburg ist wünschenswert, soll aber nicht im Zentrum stehen.
3. *EU-Anti-Diskriminierungsrecht als neoliberale Gouvernementalität*: Hier soll das Geschlechterverhältnis innerhalb des neoliberalen Diskurses im Vordergrund stehen. Ist das EU-Anti-Diskriminierungsrecht eine bloße Kompensation für die nicht vorhandene Sozialpolitik der EU, die wenig kostet oder/und kann es das asymmetrische Geschlechterverhältnis verändern?
4. *Neuer Konstitutionalismus in der Dogmatik des transnationalen Wirtschaftsrechts*: Hier stellt sich die Frage, wie sich der ›disziplinierende Neoliberalismus‹ als ›neuer Konstitutionalismus‹ (Stephen Gill) im Weltrecht konkret ausdrückt. Denkbar wäre sowohl eine Auseinandersetzung mit dem WTO-Recht als auch den Finanzmarktregu-

lierungen oder dem Recht internationaler Institutionen wie dem IWF oder der Weltbank, bzw. der Privatrechtsregime. Wünschenswert wäre vor diesem Hintergrund die Entwicklung einer alternativen Perspektive.

5. *Juridifizierung gesellschaftlicher Naturverhältnisse in der Krise*: Die Krise des gegenwärtigen Kapitalismus ist nicht nur eine ökonomische Krise, sondern ebenso sehr eine Krise der gesellschaftlichen Naturverhältnisse. Es wäre ein Artikel wünschenswert, der sich mit neoliberalen Rechtsregimen im Bereich des Umweltrechts beschäftigt und/oder erste Ansätze der Regulation eines ›New Green Deal‹ kritisch beleuchtet.
6. *Nuevo Constitucionalismo*: Der Begriff des Postneoliberalismus stammt aus lateinamerikanischen Diskussionen. Wir wünschen uns einen Text über emanzipative Verfassungsprojekte in Lateinamerika, der die Diskussionen über den Postneoliberalismus in rechtlicher Perspektive diskutiert.
7. *Europäische Tarifautonomie*: Unternehmenspolitiken und zuletzt die Rechtssprechung des EuGH fordern die Arbeitnehmer_innen zunehmend heraus. Doch welche Perspektiven gibt es für transnationale gewerkschaftliche Autonomie, die weder auf das Tätigwerden des europäischen Normengebers noch auf die Zustimmung der Arbeitgeberseite angewiesen ist?
8. *Kämpfe um soziale Rechte in den globalen (Re)Produktionsketten*: In diesem Text sollen kritische rechtliche Praxen im Vordergrund stehen (wie etwa Klagen gegen transnationale Unternehmen o.ä.), die aus der Perspektive von Anwält_innen und/oder NGOs die Einforderung sozialer Rechte in der globalen politischen Ökonomie beleuchten.

Formales

Die Texte werden in einem einheitlichen Konzept und mit einem gemeinsamen Inhaltsverzeichnis entweder in der KJ oder dem Juridikum abgedruckt, die beide zeitgleich als gemeinsames Projekt im Dezember 2010 erscheinen werden. Die Abstracts sollen zwischen 150 und 300 Wörtern umfassen und bis zum 1.3.2010 an folgende Emailadressen gesandt werden: S.Buckel[at]soz.uni-frankfurt.de; Fischer-Lescano[at]jzrp.uni-bremen.de; Lukas.Oberndorfer[at]univie.ac.at